



Angela Merkel:

Herbstgutachten – Deutsche Quittung für Rot-Grün

Die Agenda 2010 von Bundeskanzler Schröder zeigt immer deutlicher ihre Schwächen.

Zwar boomt die Weltwirtschaft dieses Jahr mit knapp 5% Wachstum so stark wie seit fast 30 Jahren nicht mehr, aber in Deutschland kommt davon viel zu wenig an. Das Herbstgutachten der Wirt-

schaftsinstitute geht für 2004 von maximal 1,8% Wachstum aus. Für nächstes Jahr wird sogar ein Rückgang auf 1,5% geschätzt, womit Deutschland wieder Schlusslicht der EU-25 würde.

Die Bundesregierung meint in dieser Lage behaupten zu können, Deutschland befände sich im Aufschwung ▶

INHALT

Laurenz Meyer:
Herbstgutachten muss
Weckruf für Regierung sein
Seite 4

Antrag des Bundes-
vorstands an den Parteitag:
Zehn Fragen und
Antworten
Seite 7

Dokumentation
Gesamtangebot
Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Die Eckpunkte des Herbstgutachtens (Seite 5) ■ Dietrich Austermann: Eine neue Finanzplanung muss her! (Seite 6) ■ Dagmar S. Wöhrl: Fußlahme Wirtschaft (Seite 6) ■ Laurenz Meyer: Opel-Entscheidung ist Alarmsignal (Seite 11) ■ Aus dem KAH: „Alter Fuchs – nicht altes Eisen!“ (Seite 12) ■ Für mehr Wachstum und Beschäftigung (Seite 13) ■ Zuwanderungsgutachten: Alte Parolen – keine Konzepte (Seite 14) ■ Hermann Kues: Sonntagschutz und Ladenschluss gehören zusammen (Seite 15) ■ Helmut Heiderich: Wissenschaft und Forschung wichtig für Verbesserung der Welternährung (Seite 16) ■ Klaus Riegert: Schily maßlos (Seite 16) ■ Jürgen Klimke: Neue Chance für Königsberg (Seite 17) ■ Thomas Rachel: Menschenwürde des Embryos ist zu achten (Seite 18) ■ Merkel bekräftigt Nein zum EU-Beitritt der Türkei (Seite 18)

► und die eigene Reformpolitik sei erfolgreich. Gleichzeitig stehen bei Opel und Karstadt Entlassungen, Produktionsverlagerungen und Betriebsschließungen an, viele Beschäftigte und Familien bangen um ihren Job. Die Wahrnehmung von Rot-Grün und die Wirklichkeit bei den Menschen sind weiter denn je auseinander – alles andere als eine gute Grundlage, um gegen die Verunsicherung der Bürger anzugehen.

Was die Menschen im Konkreten erleben, bestätigen die volkswirtschaftlichen Messungen für die Lage bundesweit. Die Arbeitsmarktzahlen für September brachten saison- und statistikbereinigt neue Höchststände seit der Wiedervereinigung – und ein fortgesetztes Schweigen der Bundesregierung. Der Nachtragshaushalt 2004 treibt die Neuverschuldung auf einen neuen Rekordwert von 43,7 Milliarden Euro – aber dem Bundesfinanzminister kein bisschen die Schamröte ins Gesicht. Der Gesetzestext des Nachtragshaushalts liest sich wie die

Generalkritik der Opposition, ist aber die offizielle Begründung der Regierung:

■ „Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ist im Jahre 2004 ernsthaft gestört. Das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes wird nach wie vor gravierend verfehlt.“

■ „Die Inlandsnachfrage liegt jedoch wahrscheinlich deutlich unter den Erwartungen. Die prognostizierte Erholung der Investitionskonnjunktur ist bisher nicht eingetreten und es ist unsicher, ob in der kurzen Frist mit einer Tendenzwende zum Besseren gerechnet werden kann.“

Wider besserer Erkenntnis baut die Bundesregierung auch für 2005 ihren Haushalt auf geschönten Annahmen für Wachstum und Beschäftigung auf und nimmt damit eine weitere Erosion des Vertrauens der Menschen in die Politik in Kauf. Die Schwierigkeiten der großen Unternehmen von Siemens über Daimler-Chrysler und VW bis zu Opel und Karstadt haben für sich nichts mit Standortschwächen Deutschlands und alles mit Managementfehlern in

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

den Unternehmen zuzun. Dabei erhebt diesen Vorwurf ausgerechnet ein Bundeskabinett, dessen jetzt geplatzter Bundeshaushalt 2004 weit mehr als ein „Managementfehler“ ist: „Bei permanent großen Spannen zwischen ‚Soll‘ und ‚Ist‘ kann angenommen werden, dass bewusst unrichtige Veranschlagungen vorgenommen werden. Das führt zu Scheinbudgets. Man kann hinzufügen: Solche Scheinbudgets sind eine Täuschung der Bürger und des Parlaments...“ (Rolf Peffekoven, ehemaliger Wirtschaftsweiser und Mitglied des wissenschaftlichen Beirates des BMF, Tagesspiegel 15.10.2004).

Nun schreibt auch noch das Herbstgutachten der Bundesregierung unmissverständlich ins Stammbuch:

■ „Ein schlüssiges Konzept für eine wachstumsfördernde Politik ist von der Bundesregierung bislang nicht vorgelegt worden. Vielmehr bleibt der Eindruck, es handle sich überwiegend um Einzelmaßnahmen, die darüber hinaus zum Teil nur deshalb ergriffen wurden, weil sich die Haushaltslage immer weiter zugespitzt hat.“

■ „Zudem gehen die ohnehin bescheidenen Schritte zur Konsolidierung des Staatshaushalts wieder einmal zu Lasten der öffentlichen Inves-

titionen und damit jenes Teils der Staatsausgaben, von dem am ehesten positive Wirkungen auf das Wachstum ausgehen.“

■ „Der rückläufige Trend beim Arbeitsvolumen wird durch die bisherigen Reformmaßnahmen der Arbeitsmarktpolitik allenfalls etwas gebremst. Vor allem trägt sie aber wenig dazu bei, die Erosion der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu stoppen.“

■ Für 2005 wird mit einer Defizitquote von 3,5 % gerechnet. „Insofern müsste eigentlich das im November des vergangenen Jahres durch den Beschluss des ECOFIN-Rats ausgesetzte Defizitverfahren gegen Deutschland erneut in Gang gesetzt werden.“

Dies alles führt zu keinen nennenswerten Reaktionen der Bundesregierung. Der weitere Reformkurs erschöpft sich darin, die mühsame Umsetzung der eigenen Beschlüsse als politische Großtat zu feiern. Deutschland kann sich aber keine erneute Politik der ruhigen Hand leisten, egal unter welchem Deckmantel sie betrieben wird.

Ausweichmanöver prägen das Bild bei der dringend notwendigen Steuervereinfachung. Die Bundesregierung will selber keinen Vorschlag

vorlegen, erst sollten sich die Länder einigen, dann werde auch die Bundesregierung „mitwirken“ (so BMF-PSt Barbara Hendricks, Tagesspiegel 19.10.2004). Schröder wie Fischer erklären, sie seien aus geschichtlicher Erfahrung heraus gegen die Einführung von Plebisziten, aber lassen ihre Regierungsfraktionen ein genau andersherum lautendes Gesetz einbringen. So geht man mit der Verfassung und den politischen Institutionen Deutschlands nicht um. Die Bundesbildungsministerin meint aus PISA herauslesen zu können, dass die Einheitsschule die Antwort auf die Bildungsprobleme in Deutschland sei. Dabei ist aus PISA vor allem herauszulesen, dass es gerade unionsgeführte Länder sind, die mit differenzierter Förderung die besten Bildungsleistungen bieten, während sozialdemokratisch dominierte Länder mit Gesamtschulen nicht nur im Schnitt schlechtere Bildungsqualität abliefern, sondern gerade die lernschwächeren Kinder geringer fördern und mit größeren Rückständen ins Berufsleben entlassen. So geht man mit den Zukunftschancen der jungen Generation nicht um.

Hoffnung auf einen grundlegenden Wandel können die Menschen nur schöpfen, wenn ihnen grundlegende

politische Alternativen geboten werden. Deswegen ist es Aufgabe der Union, in den kommenden Wochen in den entscheidenden Politikfeldern genau die Richtungsentscheidungen zu verdeutlichen, die von einer unionsgeführten Bundesregierung anders als von der jetzigen rot-grünen Koalition getroffen würden:

- In der Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik ein Durchbruch zu mehr Flexibilität zugunsten von Einstellungen und Beschäftigungssicherheit,
- in der Steuerpolitik ein vollständiger Neuanfang mit einer radikalen Vereinfachung der Einkommensteuer,
- bei der Förderung der Langzeitarbeitslosen die zentrale Verantwortung der Kommunen für ein gelungenes Fördern und Fordern,
- in den Sozialversicherungen eine weitreichende und dauerhafte Abkopplung der Beiträge von den Arbeitskosten,
- in der Bildungspolitik die Qualitätsschule mit Leistungsfreude und differenzierter Förderung und einen entschiedenen Widerstand gegen jegliche Einheitsschulpläne
- und in der Europapolitik der entschiedene Einsatz für eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei statt einer Vollmitgliedschaft.

Laurenz Meyer:

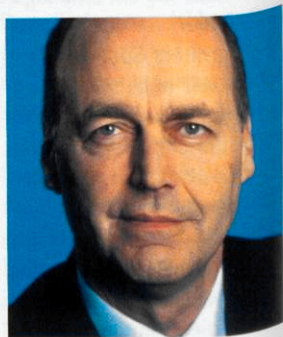
Herbstgutachten muss Weckruf für Regierung sein

Das Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute unterstreicht, dass vom Aufschwung keine Rede sein kann; noch bevor auch nur ein Hauch von wirtschaftlicher Erholung einsetzt, verdüstern sich die Aussichten bereits wieder.

Die Krise bei Opel, Karstadt und anderen Traditionsunternehmen wirft ein Schlaglicht auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Die Schuld voll den Managern anzulasten hilft der Regierung vielleicht über den Tag, unserem Land aber nicht über die nächsten Jahre.

Deutschland hinkt im internationalen Vergleich weiter hinterher – Bürger und Unternehmen zahlen die Zechen für inzwischen sechs Jahre wirtschaftspolitischen Laienspielertums. Die Erfahrung der vergangenen Herbstgutachten lehrt: Das tatsächliche Wachstum dürfte noch viel geringer ausfallen als vorhergesagt. Das lässt Schlimmes befürchten.

Die Verantwortung für diese desolante Entwicklung trägt die Bundesregierung:



Sie hat jahrelang Reformen am Arbeitsmarkt, beim Steuersystem und bei den sozialen Sicherungssystemen verschleppt – so haben es ihr die Institute unmissverständlich ins Stammbuch geschrieben. Projekte wie die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind zwar notwendig, reichen aber nicht aus. Die Bundesregierung lügt sich in die eigene Tasche: Es reicht nicht aus, den Mangel zu verwalten – unser Land braucht eine entschlossene Politik für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze.

Die Ankündigung der Regierung, für die kommenden zwei Jahre nichts mehr tun zu wollen, muss jeder Arbeitnehmer als Drohung empfinden.

Die Eckpunkte des Herbstgutachtens

Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA), das Institut für Wirtschaftsforschung München (Ifo), das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW), das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen (RWI), gehen bei ihrer Prognose im Herbstgutachten von folgenden Eckpunkten aus:

■ **Wachstum:** Fünf der sechs Institute gehen von einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,8 Prozent in diesem Jahr und 1,5 Prozent in 2005 aus. Nur das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin rechnet mit einem stärkeren Aufschwung von 2,0 Prozent im kommenden Jahr. Als Gründe nennen die Forscher ein Nachlassen der Expansion der Weltwirtschaft bei einer nur moderaten Zunahme der Inlandsnachfrage.

■ **Arbeitsmarkt:** Der Wirtschaftsaufschwung reicht nach Einschätzung der Forschungseinrichtungen nicht für eine deutliche Belebung auf dem Arbeitsmarkt. Zwar steige die Zahl der Beschäftigten. Jedoch beobachten die Forscher eine Abnahme bei sozialversicherungs-pflichtigen Arbeitsverhältnissen und dafür einen Anstieg bei Minijobs und ICh-AGs.

■ **Staatsdefizit:** Das Staatsdefizit beträgt nach den Berechnungen der Institute in diesem Jahr voraussichtlich 83 Milliarden Euro und damit 3,8 Prozent des BIP. Zwar werde im kommenden Jahr das Defizit voraussichtlich auf 78 Milliarden Euro sinken. Doch mit einer Defizitquote von 3,5 Prozent verletze Deutschland den Stabilitätspakt in der Europäischen Union zum vierten Mal in Folge, kritisieren die Forscher.

■ **Geldpolitik:** Die Geldpolitik wirkt nach Auffassung der Wirtschaftswissenschaftler nach wie vor anregend auf die Konjunktur im Euroraum und in Deutschland. Die Europäische Zentralbank (EZB) soll-

te deshalb an ihrem Kurs im Grundsatz festhalten, auch wenn die Inflationsrate aufgrund der hohen Ölpreise steige. Handlungsbedarf sehen sie erst für den Fall, dass sich die hohen Energiepreise auch auf die Preise in anderen Bereichen auswirken.

■ **Finanzpolitik:** Deutlich kritisieren die Institute die Finanzpolitik der Bundesregierung. Das Kabinett von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) habe bisher kein schlüssiges Konzept für eine wachstumsfördernde Politik vorgelegt und damit die Ziele verfehlt. Stattdessen habe die Regierung immer wieder Einzelmaßnahmen ergriffen, als sich die Haushaltslage weiter zuspitze.

■ **Lohnpolitik:** Die Lohnentwicklung bleibt für die Wirtschaftsforscher ein Kernproblem auf dem ersten Arbeitsmarkt. Um die Erwartungen der Unternehmen zu stabilisieren, sollten die Gewerkschaften mittelfristig „relativ niedrige Lohnforderungen“ stellen, raten die Institute. Das gelte selbst für einen eventuellen Aufschwung.

Eine neue Finanzplanung muss her!

In den Prognosen der Institute kommt die Einschätzung zum Ausdruck, dass die sogenannte „Reformpolitik“ der rot-grünen Bundesregierung zu kraftlos ist, um Deutschland auf einen Wachstumspfad zu bringen, der spürbar mehr Beschäftigung und damit auch eine Gesundung der Sozialversicherung sowie der öffentlichen Haushalte ermöglicht.

Die Institute bestätigen die Auffassung der Union, dass die unter dem Stichwort „Agenda 2010“ zusammengefassten Reformbemühungen der Bundesregierung zwar in die richtige Richtung gehen, insgesamt aber nicht ausreichen; mit Recht kritisieren die Institute die mangelhafte Umsetzung und Synchronisation der verschiedenen Reformschritte.

Hinsichtlich der Entwicklung der öffentlichen Finanzen bestätigen die Institute sowohl die Erwartungen als auch die Kritik der Union. Das gesamtstaatliche Defizit Deutschlands wird, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), wieder deutlich über der Defizitgrenze des Maastrichter Vertrages verharren – 2005 bei 3,5 % des BIP. Wie die Union bereits im Frühjahr

und jetzt zum Haushalt 2005, fordern jetzt auch die Institute eine Verstärkung der Sparbemühungen. Stattdessen scheint der Finanzminister unter dem wohlfeilen Deckmäntelchen des Subventionsabbaus und der Steuergerechtigkeit weitere Steuererhöhungen zu planen. Eichel muss eine neue Finanzplanung vorlegen.

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Fraktionssprecher.



Dietrich Austermann



Dagmar Wöhr

Rückschritt, den wir uns nicht leisten können.

Mit dieser Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik wird Deutschland in Europa wieder die rote Wachstumslaternen übernehmen. Grundlage für einen nachhaltigen Aufschwung sind solide Staatsfinanzen. Hier betreibt die Bundesregierung eine Politik der verbrannten Erde. Ich fordere den Bundesfinanzminister auf, endlich einen seriösen Sparkurs einzuschlagen, der Wachstum ermöglicht. Es ist grundfalsch, bei den Investitionen und der Mittelstandsförderung anzusetzen. Stattdessen brauchen wir weniger Staatskonsum.

Beim ERP-Sondervermögen kann Rot-Grün den Anfang machen: Wir sollten die Aufbaugelder aus dem Marshall-Plan nicht zum kurzfristigen Stopfen von Haushaltslöchern missbrauchen, sondern – wie es das Gesetz vorschreibt – für Mittelstandsförderung einsetzen.

Dagmar G. Wöhr ist die wirtschaftspolitische Fraktionssprecherin.

Fußlahme Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft bleibt weiter fußlahm. Von Dynamik keine Spur. Rot-Grün treibt unser Land weiter in die Krise. Bereits im kommenden Jahr vergilbt die zarte Pflanze „Konjunkturaufschwung“ wieder. In der Folge brechen auch die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse weiter weg.

Nach sechs Jahren Rot-Grün stecken wir tief im Reformstau. Die Institute bestätigen eindeutig, dass die bislang beschlossenen Reformen nicht ausreichen. Wir müssen endlich mutig weitergehen. Stillstand bedeutet

Antrag des Bundesvorstands an den Parteitag

Zehn Fragen und Antworten

1. Ständig ist von Wachstum die Rede. Bleibt der Mensch dabei auf der Strecke? Ist der Leitantrag ein Dokument der sozialen Kälte?

Nein, im Gegenteil. Für uns ist Wachstum kein Selbstzweck. Wir wollen kein blindes, nur auf nackte Zahlen und ökonomische Fakten reduziertes Wachstum. Unser Begriff von Wachstum ist breiter. Wir wollen Markt und Menschlichkeit miteinander verbinden. Wir haben ein Wachstum im Blick, das den Menschen dient. Wachstum ist die Voraussetzung dafür, dass alle am Arbeitsleben teilnehmen können. Das ist sozial. Denn: Sozial ist, was Arbeit schafft! Jedem Einzelnen die Möglichkeit zu bieten, für sich selbst zu sorgen, ist wesentlich sozialer, als nur staatliche Transferleistungen zu zahlen. Hinzu kommt: Nur wenn unsere Wirtschaft vorankommt, können wir unseren Sozialstaat auch künftig finanzieren. Solidarität ist nach wie vor ein Kernelement unserer Politik: Der Staat soll dem Einzelnen helfen, wenn er ein Risiko oder eine Notlage nicht schultern kann. Das Gegenstück dazu heißt aber auch:

Jeder, der kann, muss für sich selbst Verantwortung übernehmen.

Mehr Informationen zu diesem Themenkomplex finden Sie im ersten Kapitel des Antrages.

2. Will die CDU den Kündigungsschutz abschaffen?

Nein. Bei bestehenden Arbeitsverhältnissen bleibt der jeweils geltende Kündigungsschutz unverändert erhalten. Das Kündigungsschutzrecht in Deutschland darf sich aber nicht gegen die Interessen der arbeitssuchenden Menschen auswirken. Viele Unternehmen verzichten heute darauf, Auftragspitzen durch kurzfristige Neueinstellungen abzuarbeiten, weil sie befürchten, dadurch ihre personalpolitische Flexibilität zu verlieren und zugleich das Risiko einzugehen, unproduktive Personalkosten oder im Fall von Kündigungen teure Abfindungen, Sozialpläne und unkalkulierbare Arbeitsgerichtsprozesse verkräften zu müssen. Vom gegenwärtigen Kündigungsschutz profitieren zwar die, die über einen Arbeitsplatz verfügen; die gesetzlichen Regelungen wirken sich jedoch negativ aus

für die große Zahl derer, die Arbeit suchen. Die CDU tritt deshalb dafür ein, den Kündigungsschutz beschäftigungsfreundlich zu gestalten. Vorrangiges Ziel ist es, die Einstellungshemmnisse bei Neueinstellungen zu reduzieren. Bei Neueinstellungen soll das Kündigungsschutzgesetz erst ab einer Betriebsgröße von mehr als 20 Mitarbeitern Anwendung finden. Es soll gesetzlich ermöglicht werden, dass bereits bei einer Neueinstellung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Abfindung vereinbart wird für den Fall einer späteren betriebsbedingten Kündigung.

Mehr Informationen zu einer beschäftigungsfreundlichen Gestaltung des Kündigungsschutzes und unseren Vorschlägen zum Abbau von Einstellungshindernissen, insbesondere für ältere Arbeitnehmer, finden Sie auf den Seiten 32 bis 35 des Antrages.

3. Will die CDU geringere Löhne einführen?

Es bleibt ein Fehler der vergangenen Jahrzehnte, dass die Arbeitszeit in Deutschland bei vollem Lohnausgleich stetig reduziert wurde. Hinzu kommt, dass im inter-

nationalen Vergleich die Arbeit hier zu Lande einfach zu teuer ist, weil immer höhere Abgaben zu viel vom Brutto auffressen. Deshalb müssen nicht die Löhne, aber die Lohnzusatzkosten gesenkt werden. Dies kann nach den Plänen der CDU dadurch erreicht werden, dass Belastungen durch bürokratische Vorschriften abgebaut werden, Kosten für die sozialen Sicherungssysteme von den Lohnkosten abgekoppelt werden und die Arbeitszeitverkürzungen der Vergangenheit teilweise wieder rückgängig gemacht werden, während der ausgezahlte Lohn gleich bleibt. Das ist in vielen Betrieben bereits heute Realität. Nur so bleibt Deutschland im internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig.

Mehr zur Problematik der Lohnkosten, unseren Vorstellungen zur Umsetzung der Forderung „Wer arbeitet muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet“ finden Sie auf den Seiten 35 bis 38.

4. Will die CDU die Tarifautonomie einschränken?

Die CDU stellt in ihrem Leit Antrag klar, dass Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsgesetz dringend modernisiert werden müssen. Gewerkschaften und Arbeitgeber werden aufgefordert,

nicht nur die Interessen der Beschäftigten zu berücksichtigen, sondern immer auch die Arbeitsuchenden im Blick zu haben. Nach dem Willen der CDU soll das Tarifvertragsgesetz dahingehend ergänzt werden, dass Beschäftigungssicherung und Beschäftigungsaussichten Komponenten sind, die eine Abweichung vom Tarifvertrag rechtfertigen können. Allerdings müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer dies wollen und außerdem Betriebsrat bzw. Personalrat und Belegschaft jeweils mit Zwei-Drittel-Mehrheit zustimmen. Es ist unser Ziel, den betrieblichen Bündnissen für Arbeit mehr Raum einzurichten.

Wie die Betriebsvereinbarungen unserer Ansicht nach organisiert werden können und welche alternativen Formen der Entlohnung von den Tarifparteien geprüft werden sollten, haben wir auf den Seiten 29 bis 31 erläutert.

5. Was tut die CDU für gering qualifizierte Arbeitnehmer?

Damit für Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder mit nur geringer Qualifizierung einfache Tätigkeiten wieder attraktiv werden, will die CDU den Niedriglohnsektor in Deutschland neu ordnen. Ziel ist es dabei, echte Voller-

werbsarbeitsverhältnisse im Niedriglohnbereich zu schaffen. In Deutschland sind diese so gut wie nicht mehr vorhanden, weil die Sozialhilfe teilweise höher ist als realistisch bezahlbare Löhne in diesem Bereich. Die Sozialhilfe ist deshalb faktisch eine Lohnuntergrenze. Wenn diese Hemmschwelle überwunden werden kann, eröffnet sich eingeschätztes Potential von weit mehr als zwei Millionen Arbeitsplätzen. Damit könnte Deutschland zu den führenden Ländern im Dienstleistungssektor aufschließen.

Voraussetzung für einen marktwirtschaftlichen Niedriglohnsektor wäre, dass existenzsichernde Löhne in diesem Bereich rentable Arbeitsplätze ermöglichen. Soweit dies nicht möglich ist, plant die CDU, die bei den Arbeitnehmern entstehenden Einkommenseinbußen über Lohnzuschüsse des Staates abzufedern. Die dafür erforderlichen Mittel können überwiegend aus den Einsparungen finanziert werden, die durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gewonnen werden. Wichtig ist die Umsetzung des Ziels: Wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet.

Mit diesem Problem setzt sich der Leit Antrag auf den Seiten 36 ff auseinander.

6. Was will die CDU für den Mittelstand und Existenzgründer tun?

Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Dennoch wird er durch eine wuchernde Schwarzarbeit und bürokratische Hemmnisse extrem belastet. Deshalb will die CDU für Unternehmen bis zu 20 Beschäftigten ein Freistellungsgesetz schaffen, das sie von den Regelungen des Teilzeit- und Befristungsgesetzes freistellt. Außerdem strebt die CDU eine weitgehende Befreiung dieser Kleinbetriebe von den Vorschriften des Arbeitszeitrechtes und der Arbeitsstättenverordnung an. Dass soll vor allem für die statistischen Auskunftsspflichten gelten. Technische Betriebsprüfungen will die CDU auf ein Mindestmaß beschränken.

Auch neue Unternehmen sichern Wachstum und Wohlstand. Deshalb findet jeder, der in Deutschland einen Betrieb gründen will, die CDU an seiner Seite. Konkret tritt die CDU dafür ein, den Schwerpunkt der finanziellen Existenzgründer-Förderung von direkten Zuschüssen zu Risikoübernahme-Zusagen zu verlagern, etwa durch Bürgschaften.

Damit wird die Stärkung der Kreditwürdigkeit von Existenzgründern ein zentrales Anliegen der Förderpolitik.

Als Instrument kommt die „Bürgschaft ohne Bank“ in Betracht, deren Ziel es ist, Existenzgründern den Zugang zur Kreditfinanzierung durch Hausbanken zu erleichtern.

Weitere Vorschläge zur Verbesserung der Situation von mittelständischen Unternehmen und Existenzgründern finden Sie im Antrag auf den Seiten 39 bis 41.

7. Welche Ideen bietet der Leitanspruch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf?

Das Thema ist der CDU wichtig. Denn unverändert ist die Familie die attraktivste Lebensform. Zugleich wollen viele Menschen auch beruflich vorankommen. Deshalb soll niemand mehr vor die Alternative „Beruf oder Familie“ gestellt werden. Familien- und Berufsarbeit müssen besser vereinbar sein. Daher tritt die CDU für ein vielfältiges, am Bedarf und am Elternwillen orientiertes Kinderbetreuungsangebot ein. Dazu zählen Krippen, Spielgruppen, Elterninitiativen, Tagesmütter, Kindergärten, Ganztageschulen oder Horte. Besonders wichtig ist uns, dass Kinder in Grundschulen mindestens halbtags verlässlich betreut werden. Zu unseren Vorschlägen gehört auch der Ausbau der Teilzeitarbeit, etwa über die Beseitigung von Überregulierungen im Teil-

zeit- und Befristungsgesetz. Wir treten zudem für flexiblere Arbeitszeiten ein. Dazu gehören die Einrichtung von Langzeit- und Lebensarbeitszeitkonten und insgesamt die Stärkung der Zeitsouveränität der Arbeitnehmer. Moderne Instrumente wie Job-Sharing und Gleitzeitregelungen dienen ebenfalls der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Übrigens: Unternehmen machen zunehmend die Erfahrung, dass eine familienfreundliche Personalpolitik zu hoher Arbeitsplatzzufriedenheit und gesteigertem Leistungswillen führt.

Weitere Informationen finden Sie im Antrag auf den Seiten 42 bis 47.

8. Was hat die Gesundheitsprämie mit Wachstum zu tun? Und ist das Modell nicht fürchterlich ungerecht?

Ein Ziel der Gesundheitsprämie ist es, Spitzenmedizin unabhängig von Einkommen und Alter zu erhalten und zugleich die Lohnnebenkosten zu senken und damit bessere Rahmenbedingungen für mehr Arbeit zu schaffen. Deshalb wollen wir die Gesundheitskosten dauerhaft von den Lohnkosten abkoppeln. Der Arbeitgeberanteil zur Krankenversicherung soll eingefroren und an den Arbeitnehmer ausgezahlt

werden. Auch der Sachverständigenrat der Bundesregierung unterstützt das Konzept der Gesundheitsprämie und sieht durch ihre Einführung das Potential, eine Million Menschen mehr in Beschäftigung zu bringen.

Gleichzeitig wollen wir einen sozialen Ausgleich schaffen, der aus Steuereinnahmen finanziert wird. Durch die automatische Verrechnung der Prämie mit dem sozialen Ausgleich wird die Gesundheitsprämie für Geringverdiener, Familien und Rentner im Ergebniseinkommensabhängig und sozialverträglich gestaltet. So leisten alle Bürger entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einen Beitrag zur Gesundheitsfürsorge. In dem Entwurf der CDU werden auch die Bezieher hoher Einkommen, die meist privat versichert sind, in den Sozialausgleich einbezogen. Heute finanzieren dagegen vor allem die Bezieher mittlerer Einkommen den Sozialausgleich. Das wollen wir ändern und gerechter gestalten.

Mehr dazu finden Sie im Antrag auf den Seiten 48 bis 49.

9. Warum plädiert die CDU für weniger Bürokratie? Schafft Bürokratie nicht auch Arbeitsplätze?

Natürlich brauchen wir eine gute und effiziente Ver-

waltung. Aber: Zu viel Bürokratie vernichtet Jobs. Internationale Vergleichsstudien belegen: Je mehr Gesetze und Rechtsverordnungen es in einem Land gibt, desto weniger gelingt die Ausschöpfung des Beschäftigungspotentials. Experten schätzen, dass in Deutschland zwischen 1,5 und 7 Prozent der Unternehmensumsätze für die Kosten der Bürokratie aufgewendet werden müssen. Dies beeinträchtigt die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen erheblich und führt zum Verlust von Arbeitsplätzen.

Doch die CDU will nicht nur den klassischen Bürokratieabbau durchsetzen, es geht uns auch darum, den Staat „schlanker“ zu machen. Der Staat muss sich in seinen wirtschaftlichen Tätigkeiten auf jene Aufgaben beschränken, die durch private Anbieter nicht mindestens gleich gut und gleich günstig erledigt werden können. Private Lösungen haben solange Vorrang, wie nicht der Nachweis geführt wird, dass staatliche Lösungen überlegen sind.

Weitere Informationen zum Leitbild des „schlanken Staates“ finden Sie ab Seite 61.

10. Stimmt der Vorwurf, die Politik der CDU orientiere sich nur am ökonomi-

schem Denken und Umweltpolitik spiele bei der CDU keine Rolle mehr?

Das stimmt nicht! Die CDU ist einer Politik verpflichtet, die die Kräfte und Steuerungsmechanismen der Sozialen Marktwirtschaft einsetzt, um einen schonenden Umgang mit Natur und Umwelt zu erreichen. Eine der größten umweltpolitischen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte ist dabei der Kampf gegen die globale Klimaveränderung. Die Vernetzung von Mensch, Natur und Umwelt ist Prinzip unseres Handelns; die Verantwortung für die Schöpfung leitet unser wirtschaftliches Handeln. Für die CDU bedeutet Wachstum weitaus mehr als nur die Mehrung von Gütern und Dienstleistungen.

Die CDU tritt dafür ein, dass Naturschutz nicht gegen, sondern mit dem Bürger verwirklicht wird. Unser Ziel ist es, das Umweltrecht überschaubarer, schneller vollziehbar und damit wirksamer und für Bürger und Unternehmen praktikabler zu machen. Es ist aber auch wichtig, eine leistungsfähige Energieforschung aufzubauen und neue Technologien in diesem Bereich stärker als bisher zu fördern.

Siehe dazu die Seiten 66 bis 72 des Antrages.

Opel-Standort Bochum erhalten!

Als „schweren Schock für das Ruhrgebiet“ hat der nordrhein-westfälische Vorsitzende Jürgen Rüttgers den Verlust von Arbeitsplätzen bei Opel in Bochum bezeichnet: „Es muss alles getan werden, um die Arbeitsplätze für 9.600 Opel-Mitarbeiter und viele tausend Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie zu erhalten.“

Rüttgers: „Der Abbau von Produktionskapazitäten in Bochum darf nicht der Einstieg in den Ausstieg werden. Opel in Bochum muss bestehen bleiben. Dafür muss General Motors die nötigen Zukunftsinvestitionen tätigen.

Darauf haben die Mitarbeiter einen Anspruch. Andere Hersteller zeigen, dass man in Deutschland erfolgreich Autos bauen kann. Das können auch die Menschen in Bochum, wenn die Voraussetzungen stimmen.“

Rüttgers nannte Bausteine einer neuen Wirtschaftspolitik: „Wir müssen mehr arbeiten. Die 35-Stunden-Woche wäre ein Irrweg. Die Wochenarbeitszeit muss ohne Lohnausgleich erhöht werden können. Bei Siemens in Bocholt und Kamp-Lintfort konnten dadurch Arbeitsplätze gesichert werden. Mehr arbeiten ist besser als nicht arbeiten zu können. Unser Steuersystem

muss vereinfacht werden. Die Vorschläge von Friedrich Merz sind richtig, damit in unserem Land wieder investiert wird. Die Bürokratie muss abgebaut werden. Sie belastet die Wirtschaft und die Arbeitsplätze mit der Unsumme von 46 Mrd. Euro jährlich. Sie schreckt Gründer und Investoren ab, etwas zu unternehmen. Die Energiekosten müssen runter. Die Politik hat in den vergangenen Jahren alles getan, die Energiepreise künstlich in die Höhe zu treiben. Das ist ein harter Standortnachteil, den das Land sich im internationalen Wettbewerb nicht weiter leisten kann.“

LAURENZ MEYER: OPEL-ENTSCHEIDUNG IST ALARMSIGNAL

Die Entscheidung von General Motors, hauptsächlich bei der deutschen Konzerntochter Opel Stellen abzubauen, ist ein Alarmsignal für die deutsche Politik. Im Interesse der Menschen, ihrer Familien und der betroffenen Regionen hoffen wir, dass es in Gesprächen zwischen Konzernleitung und Betriebsräten gelingt, die deutschen Standorte und möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern. Gleichzeitig macht

die Entscheidung von General Motors überdeutlich: Angesichts des wirtschaftspolitischen Stillstandes unter Rot-Grün fällt Deutschland im internationalen Vergleich immer weiter zurück. Reformen am Arbeitsmarkt, beim Steuersystem und bei den sozialen Sicherungssystemen hat die rot-grüne Bundesregierung sträflich verschleppt.

Die Situation bei Opel zeigt beispielhaft, wie die rot-grüne Politik Deutsch-

land ins Abseits führt. Zu hohe Lohnnebenkosten, aber auch im europäischen Vergleich zu hohe Energiepreise aufgrund von Ökosteuer und Alternativ-Energien führen dazu, dass die deutsche Wirtschaft immer weniger wettbewerbsfähig wird. Die Zeche für solche politischen Fehlentscheidungen zahlen die Menschen bei Opel und Karstadt, aber auch bei tausenden Mittelständlern, die in Konkurs gehen.

„Alter Fuchs – nicht altes Eisen!“

Sieben Bundestagswahlkämpfe, 28 Bundesparteitage – Heiner Lueg hat sie alle erlebt und mitgestaltet.

60 Lebensjahre, davon 25 Jahre als Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle – eine stolze Bilanz, die im Rahmen eines Empfangs für gegenwärtige und ehemalige Wegbegleiter gewürdigt wurde.

„Was Sie, lieber Herr Lueg, für die CDU leisten, kann man letztlich gar nicht in Worte fassen. Deshalb nur eines: Danke,“ sagte Angela Merkel in ihrer Ansprache. „Ein Parteitag ohne Herrn Lueg? Für mich nicht vorstellbar!“ fügte sie hinzu und dankte dem Jubilar für dessen Leidenschaft, die Freude, die Entschiedenheit und die Verlässlichkeit, die seine Arbeit präge. Generalsekretär Laurenz Meyer ergänzte in seiner Rede eine für ihn hervorsteckende Eigenschaft. „Seine Geradlinigkeit macht mir auf den ersten Blick das Leben nicht immer leicht. Auf den zweiten Blick hilft sie bei der täglichen Arbeit,“ so der Generalsekretär.

Als Referent für Jugendpolitik folgte Heinrich Lueg am 15. Oktober 1979 dem Ruf



Angela Merkel gratuliert Heiner Lueg

in die Politik. Damals hieß der heutige „Bereich Politische Analysen und Programme“ noch „Hauptabteilung Politik“ und die Partei stand unter dem Vorsitz von Helmut Kohl. Das Bewerbungsgespräch führte damals Generalsekretär Heiner Geißler. Sein Gesellenstück machte Lueg mit einem „Politischen Jugendfestival“, einer Veranstaltung, um Jugendlichen Politik näher zu bringen. Das Konzept ging auf 10.000 Jugendliche folgten 1980 der Einladung nach Mainz. Drei Jahre später tummelten sich 12.000 Jugendliche in den Kölner Messehallen. Geißler beförderte Lueg 1981 zum Gruppenleiter Innenpolitik. Zwei Jahre später übertrug Geißler Heiner Lueg als Abteilungsleiter Innenpolitik die Verantwortung für die Bereiche Bildungs- und Kultur-

politik, Ausländer- und Asylpolitik, Rechtspolitik und Innere Sicherheit, Jugend-, Kommunal- und Sportpolitik. In die Amtszeit von Generalsekretär Volker Rühle fiel die Beförderung zum Hauptabteilungsleiter. Generalsekretär Hintze betraute Lueg 1993 zusätzlich mit dem Amt des stellvertretenden Bundesgeschäftsführers.

Bei seiner Bilanz hob Heinrich Lueg drei Dinge hervor, die seine Lebens- und Berufserfahrung treffend zum Ausdruck bringen: die Dankbarkeit in einer Epoche ohne Kriege leben zu dürfen, das Erlebnis, die deutsche Wiedervereinigung mitgestalten zu dürfen und die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Altbundespräsident Roman Herzog in der nach ihm benannten Kommission.

Für mehr Wachstum und Beschäftigung

Offensive Mittelstand, Offensive Handwerk – das sind die Titel von Informationsveranstaltungen, zu denen die CDU-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz unter der Leitung ihres Vorsitzenden Christoph Böhr eingeladen hatte. Und die Vertreter von Handwerk und Mittelstand nahmen das Gesprächsangebot gerne an.

Im Zentrum stand das neue wirtschaftspolitische Diskussionspapier mit dem Titel „Aufbruch für Rheinland-Pfalz“, über das ein breiter Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern derzeit in Rheinland-Pfalz stattfindet. Damit wurde ein grundlegendes Diskussionspapier zur Schaffung von mehr Wachstum und Beschäftigung vorgelegt, das von einer hochkarätig besetzten Kommission aus Vertretern der Wirtschaft, der Politik und der Wissenschaft unter Leitung von Christoph Böhr erarbeitet worden ist. Dieses Papier beschreibt nicht nur die Versäumnisse der Regierung Beck mit Rekordverschuldung und den im Bundesvergleich äußerst mageren durchschnittlichen Bildungsinvestitionen, sondern bietet eine klare Alternative für den anstehenden Regierungswech-



Christoph Böhr

sel im Jahr 2006 an. Es folgt der von Ludwig Erhard erarbeiteten Grundidee, „Wohlstand für alle“ zu schaffen.

Für Christoph Böhr ist Vollbeschäftigung auch heute möglich. „Dies ist nicht nur wirtschafts- und sozialpolitisch geboten, sondern auch eine Verpflichtung aufgrund unseres christlichen Menschenbildes. Die Beteiligung am Arbeitsleben ist eine Grundvoraussetzung zur Entfaltung der Persönlichkeit“, sagte Böhr. „Die wirtschaftliche Misere und die hohe Arbeitslosigkeit sind kein unumstößliches Schicksal, sondern Ergebnisse einer verfehlten Politik.“ Drei Schritte seien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wichtig: eine umfassende Steuerreform, eine Sozialreform zur Senkung der Lohnnebenkosten sowie längere Wo-

chen-, Arbeits- und Lebensarbeitszeit. Die Förderung des Mittelstandes, ein umfassender Bürokratieabbau und eine kluge Verkehrspolitik, die den ländlichen Raum mit den Ballungsräumen in und vor allem auch außerhalb Rheinland-Pfalz verbindet, sind entscheidende Forderungen des Papiers. Insbesondere die Forschungs- und Bildungspolitik seien maßgeblich für die Zukunftschancen von Rheinland-Pfalz, stellte Böhr heraus. Die Kluft zwischen den erfolgreichen und den schwächeren Ländern werde immer größer. Die amtierende Landesregierung trage die Verantwortung dafür, dass Rheinland-Pfalz zu den schwächeren zähle. „Seit Jahren wurde versäumt, ausreichend in Forschung und Wissenschaft zu investieren. Unsere Wirtschaft ist zu sehr auf einzelne Branchen ausgerichtet. Wir müssen uns vielmehr auch auf Zukunftstechnologien konzentrieren, damit in unserem Land neue Arbeitsplätze entstehen.“

Das Wirtschaftspapier und die Ergebnisse der Diskussionen darüber werden im nächsten Jahr in ein neues wirtschaftspolitisches Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung in Rheinland-Pfalz einfließen.

Zuwanderungsgutachten: Alte Parolen – keine Konzepte

Stellungnahme zur Vorlage des Jahresgutachtens des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration:

Das Gutachten des Zuwanderungsrates ist politisch weitgehend wertlos. Es enthält keine neuen Ideen und Handlungskonzepte für die Integration von Ausländern und Aussiedlern. Das ist aber die größte Herausforderung für die politisch Verantwortlichen in unserem Land. Bei der Integration gibt es viele Rückschläge und kaum Fortschritte. Für die Lösung dieses Problems fehlen im Gutachten überzeugende Antworten. Frau Süßmuth

und ihr Zuwanderungsrat bieten keine Lösungsansätze und schlagen vielmehr politische Schlachten, die mit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes weitgehend entschieden sind.

Das Gutachten ist von dem Willen durchzogen, die Zuwanderung nach Deutschland massiv auszuweiten. Regierung und Opposition haben sich aber angesichts der politischen und sozialen Lage in unserem Land darauf verständigt, Zuwanderung endlich zu steuern und zu begrenzen. Anstatt sich über die inhaltliche Ausgestaltung von Integrationskursen Gedanken zu machen, wird seitenslang über die angeblichen Vorteile einer weiteren Öffnung des Arbeitsmarktes für Ausländer fabuliert. Das müssen die vielen qualifizierten deutschen und ausländi-

schen Beschäftigten in unserem Land, die gerade in diesen Tagen um ihren Arbeitsplatz bangen, als Hohn empfinden.

Die Forderung des Zuwanderungsrates nach befristeten Arbeitsaufenthalten, um illegale Zuwanderung zu begrenzen, lehnen wir nachdrücklich ab, weil dadurch dem Zuwanderungsdruck und Schleuserorganisationen Tür und Tor geöffnet würden. Abwegig ist es ebenso, illegale und geduldete Ausländer zu integrieren und als Realität der Einwanderungsgesellschaft zu betrachten, wie es das Gutachten verlangt. Wichtiger wären dagegen Vorschläge gewesen, wie man ausreisepflichtige Ausländer konsequenter aus Deutschland abschieben kann. Auch die Forderung

MEISTER UND POFALLA ALS FRAKTIONSVICE VORGESCHLAGEN

Die Fraktionsvorsitzende Angela Merkel hat Michael Meister und Ronald Pofalla als neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende vorgeschlagen.

Der Geschäftsführende Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Fraktionsvorstand schlagen auf Vorschlag der Fraktionsvorsitzenden Angela Merkel und ihres ersten Stellver-

treeters Michael Glos (CSU) einstimmig der Gesamtfraktion Michael Meister und Ronald Pofalla als Nachfolger von Friedrich Merz vor. Meister soll den Bereich Haushalt und Finanzen übernehmen, Pofalla den Bereich Wirtschaft und Arbeit. Pofalla ist bis-



Michael Meister



Ronald Pofalla

lang Justiziar der Bundestagsfraktion. Seine bisherige Arbeit wird dann Peter Altmaier fortsetzen.



Hartmut Koschyk



Reinhard Grindel

des Zuwanderungsrates nach Ausweitung der Sozialleistungen für Asylbewerber passt überhaupt nicht in die politische Landschaft.

Empörend ist es, dass der Zuwanderungsrat das Entstehen von Parallelgesellschaften und eine wachsende Fundamentalisierung unter Muslimen in Deutschland als „populistische These, für die es keine Belege gibt“, diskreditiert. Zahlreiche seriöse Untersuchungen und zuletzt die Bundestagsanhörung zum Islamismus in Deutschland beweisen das Gegenteil. Der Zuwanderungsrat empfiehlt keinerlei Konzepte, wie einer wachsenden Abschottung von Ausländern in von Zuwanderern dominierten Wohnvierteln begegnet werden kann. Die integrationsfeindlichen Aktivitäten von islamistischen Moscheevereinen finden in dem Gutachten keine Erwähnung.

Das ideologisch überfrachtete Gutachten bestätigt CDU und CSU darin, dass

es richtig war, eine gesetzliche Grundlage für den Zuwanderungsrat im neuen Zuwanderungsrecht zu verhindern. Innenminister Otto Schily muss sich die Frage gefallen lassen,

ob das Geld für den Zuwanderungsrat in seinem Haushalt im Interesse einer besseren Integration von Zuwanderern nicht sinnvoller ausgehen könnte.

Hartmut Koschyk ist der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion MdB, **Reinhard Grindel** der zuständige Berichterstatter für Ausländerpolitik.



Sonntagsschutz und Ladenschluss gehören zusammen

Erklärung in der Bundestagsdebatte um die Verlagerung der Zuständigkeit für den Ladenschluss in die Länderkompetenz:

Der Schutz des Sonntags und die Freigabe des Ladenschlusses an den Wochentagen gehören zusammen.

Zur 7-Tage-Woche gehört ein freier Tag, der vom Bundesgesetzgeber entsprechend dem Verfassungsauftrag nachhaltig zu schützen ist. Ein Gesetz, das die La-



Hermann Kues

denöffnungszeiten in die Hand der Kommunen gibt, muss deshalb auch den Sonntagsschutz bundeseinheitlich sicherstellen.

Der Sonntag muss frei bleiben für kulturelle, familiäre, sportliche und religiöse Aktivitäten. Er muss als Zeitanker für unsere Lebensgestaltung und als Freiraum für die Sinnfindung in unserem immer schneller dahin jagen den Leben erhalten bleiben.

Der Sonntag schenkt uns nicht einfach nur „Zeit“, sondern er schenkt uns „gemeinschaftliche Zeit“, frei von Nützlichkeitsabwägungen.

Bei aller Entbürokratisierung der Ladenöffnungszeiten dürfen wir den bundeseinheitlichen Sonntagsschutz nicht aus den Augen verlieren.

Hermann Kues ist der Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Wissenschaft und Forschung wichtig für Verbesserung der Welternährung

Erklärung anlässlich des 23. Welternährungstages:

Bei ihrer Tagung zur Sicherung der Welternährung im September 2004 hat die FAO festgestellt, dass noch immer rund 800 Millionen Menschen auf der Erde hungern. Die Bekämpfung dieses Elends, an dem alle fünf bis zehn Sekunden ein Mensch stirbt, kommt langsamer voran als geplant.

Viele Gründe sind dafür verantwortlich: politische Despoten, fehlender Zugang zu Land, Wasser, Krediten und Ausbildung, mangelnde Infrastruktur usw. Und die Entwicklung bleibt weiterhin problematisch. Die Fläche des nutzbaren Lands sinkt, die Weltbevölkerung wächst. Nur mit deutlichen anhaltenden Ertragssteigerungen lässt sich diese Schere schließen. Bis 2030 muss z.B. die Getreideproduktion laut FAO um 50% steigen.

Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass diktatorische politische Systeme abgeschafft, durch bessere Infrastruktur die Verteilung der Nahrung gesichert, durch bessere Bildung die notwendigen Kenntnisse für



Helmut Heiderich

die Kleinbauern geschaffen werden müssen. Weit vorangekommen ist man mit diesen Möglichkeiten trotz ständiger Beteuerung nicht. Die eigentliche Verbesserung hat in den letzten Jahrzehnten die grüne Revolution des Nobel-Preisträgers Prof. Norman Borlaug geschaffen. Und die war vor allem eine öffentlich geförderte, an Universitäten und Instituten erforschte wissenschaftliche Erkenntnis.

Bei der neuen Revolution der Biotechnik verweigern gerade die Europäer den Entwicklungsländern diese Unterstützung. Dort wichtige Pflanzen wie Sorghum, Hirse, Süßkartoffel oder Cassava zu verbessern und das Feld nicht nur den großen internationalen Multis zu überlassen, wäre auch ein wichtiger Beitrag Deutschlands im Kampf gegen den Hunger. Insbesondere die Ernährungssicherheit ließe sich mit Hilfe der

Biotechnologie verbessern, betont die FAO in ihren aktuellen Berichten.

Technologie kann niemals allein den Hunger besiegen, aber durch öffentliche Forschung und Umsetzung geschaffene Fortschritte bringen erhebliche Verbesserungen wie die „Grüne Revolution“ gezeigt hat.

Helmut Heiderich ist der Bbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Bio- und Gentechnologie.

Schily maßlos

Erklärung zur gescheiterten Schily-Fete zur Fußballweltmeisterschaft 2006:

Die FIFA wird die Auftaktveranstaltung zur Fußballweltmeisterschaft 2006 ausrichten und bezahlen. Und dies ist gut so. Der Versuch Schilys, das sportliche Großereignis parteipolitisch zu instrumentalisieren, mit öffentlichen Geldern zu finanzieren und sich dafür als Sportminister feiern zu lassen, ist damit gescheitert.

Seiner Eitelkeit scheinen damit aber keine Grenzen gesteckt. Schily will die nun nicht benötigten 22,5 Mio. € nicht dem allgemeinen Sport zur Verfügung stellen, sondern für WM-nahe Zwecke, was immer dies auch heißen mag, verwenden. Für die

Weltmeisterschaft sind Milliarden öffentlicher Mittel in die Stadien geflossen: 30 Mio. € gibt es für ein kulturelles Rahmenprogramm, der FIFA ist eine umfassende Steuerbefreiung zugestanden worden, Länder und Kommunen beteiligen sich mit namhaften Beträgen. Es wäre an der Zeit, überschüssige Mittel als Solidaritätsbeitrag anderen Sportbereichen zukommen zu lassen. Nicht Schily entscheidet gutsherrenartig über die Verwendung öffentlicher Gelder, sondern das Parlament – auch bei der Verwendung von Münzerlösen.



Klaus Riegert

Schily wirft mit Millionen öffentlicher Gelder für die Fußballweltmeisterschaft um sich, kürzt gleichzeitig die Mittel für die sportwissenschaftliche Forschung und nimmt betriebsbedingte

Kündigungen in Kauf. Schily sieht sich gerne als Bekämpfer des Dopings, verweigert aber die erforderlichen Mittel. Schily hat dem Spitzensport seit 1999 rund 50 Mio. € an Investitionen entzogen, streicht die Mittel für den Goldenen Plan Ost und hat die Mittel für den Sport seit seinem Amtsantritt ständig zurückgeführt. Er erhöht die Mittel stets dort, wo ihm erhöhte Aufmerksamkeit und Scheinwerfer gewiss sind.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass dem Behindertensport, der Sportwissenschaft, der Dopingbekämpfung

NEUE CHANCE FÜR KÖNIGSBERG?

Durch die Erweiterung der EU könnte das Königsberger Gebiet zur Brücke zwischen Europa und Russland werden.

Diese Ansicht vertritt der Berichterstatter für die baltischen Staaten, Polen und Königsberg im Rahmen der EU-Osterweiterung im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, Jürgen Klimke, in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung. Die 750-Jahr-Feier der Stadt Königsberg im Jahr 2005 werde das Königsberger Gebiet, seine Probleme und die Lösungsansätze Deutschlands sowie der EU verstärkt ins

Licht der Öffentlichkeit rücken. Der Aufbau der zerstörten Stadt sowie der Gesamtregion gehe nur zaghaft voran. Das Königsberger Gebiet zähle zu den Problemregionen der EU-Ostanrainer. Die russische Regierung hätte die „Oblast Kaliningrad“ in den 90er Jahren zwar als Sonderwirtschaftszone mit verschiedenen Zollvergünstigungen ausgewiesen, nach einem Bericht des Europäischen Parlaments würden dort bis



Jürgen Klimke

zum Jahr 2000 aber nur 70 Mio. Dollar investiert. Klimke will daher von der Bundesregierung wissen, wie Investoren in Königsberg tätig werden können und auf welchem Weg

die Regierung Putin Unsicherheitsfaktoren wie mangelnde Rechtssicherheit, Bürokratie und Korruption beseitigen will. „Denn auf der Habenseite in Königsberg stehen hochmotivierte, gut ausgebildete Leute und niedrige Löhne,“ so Klimke.

fung und dem Goldenen Plan Ost mehr Mittel zugeführt werden als Schily dies will.

Klaus Riegert ist der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Menschenwürde des Embryos ist zu achten

Erklärung zu den bevorstehenden UN-Verhandlungen über ein internationales Klonverbot:

Sowohl reproduktives Klonen als auch Forschungsklonen sind ethisch nicht vertretbar. Deshalb hat der Bundestag im Februar 2003 die Bundesregierung aufgefordert, sich für ein umfassendes internationales Klonverbot einzusetzen. Im Herbst 2003 missachtete die Bundesregierung den klaren Auftrag und eine entsprechende



Thomas Rachel

UN-Konvention scheiterte an der Stimme Deutschlands.

In der Zwischenzeit hat die Bundesregierung erfolglos versucht, die in Deutschland herrschende feste Ablehnung des Forschungsklonens aufzuweichen. Das bioethische Beratungsgremium des Bundeskanzlers, der Nationale Ethikrat fand eine taktische Sprachregelung, die das Verbot als zeitlich begrenzt darstellt und die Türen für eine Änderung

öffnen will: Das Forschungsklonen soll „gegenwärtig“ nicht zugelassen werden. Dies ignoriert, dass die Menschenwürde des Embryos nicht nur zum gegenwärtigen Zeitpunkt, sondern stets und immer zu achten ist.

Wir fordern die Bundesregierung auf, dieses Mal den Bundestagsbeschluss zu befolgen. Sie darf den Beschluss nicht wieder missachten und sich mit der ungeschickten und falschen Begründung herausreden, eine Konvention erfordere einen Konsens aller Staaten. Auch eine deutliche Mehrheit kann eine Konvention tragen und ein deutliches und dringendes Signal senden, dass jede Form des Klonens zu verurteilen ist.

Thomas Rachel ist der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“.

MERKEL BEKRÄFTIGT NEIN ZUM EU-BEITRITT DER TÜRKEI

Angela Merkel hat sich gegenüber dem türkischen Außenminister Gül gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union ausgesprochen.

In dem rund einstündigen Gespräch warb die Partei- und Fraktionsvorsitzende erneut für das Modell einer privilegierten Partnerschaft. Angela Merkel kündigte an, sie werde bei einem Treffen der konservativen und christdemokratischen Parteiführer Anfang November in Brüssel für ihr Konzept werben.



SONDERAKTION / RESTPOSTEN - ARTIKELVERKAUF

BESTELLSCHHEIN

Fax: 05241/8041892

E-Mail: cdu-shop@bertelsmann.de

ARVATO LOGISTICS SERVICES • BERTELSMANN-VERSANDZENTRUM • POSTFACH 1162 • 33759 VERMOLD

CDU-KV-Nr.:

--	--	--	--

Rechnungsanschrift

.....
 CDU-Verband

 Ansprechpartner

 Straße

 PLZ, Ort

 Tel.-Nr. oder Handy-Nr.

Lieferanschrift (falls nicht identisch)

.....
 CDU-Verband

 Ansprechpartner

 Straße

 PLZ, Ort

 Tel.-Nr. oder Handy-Nr.

Bitte vollständig in Druckgröße ausfüllen. Sie erhalten nur Artikel für Ihre Bestellung.

Bestellungen nur vom 20.10. bis 05.11.04 und nur solange der Vorrat reicht!

Artikel-Nr.	Artikel	neue Verpackungseinheit	neuer Verpackungspreis	Menge	Gesamtpreis
9021	EURO-Münzalbum	5	15,00 €		
9416	Basecap „Europa“	10	5,00 €		
9443	T-Shirt „Smilie“ schwarz / Größe S	10	10,00 €		
9459	Windbreaker „Smilie“ Größe S	5	15,00 €		
9460	Windbreaker „Smilie“ Größe M	5	15,00 €		
9481	T-Shirt „Smilie“ weiß / Größe S	10	10,00 €		
9744	EURO-Malbuch	25	2,00 €		
9871	Fahrradtasche	5	10,00 €		
9872	Fahrradflasche	4	2,00 €		
9878	Malblock DIN A4	20	10,00 €		
9893	CDU-Papier- Dekorationselemente	3 Pakete	15,00 €		

- Alle Preise zzgl. 16% MwSt.
- Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

.....
 Datum

.....
 Unterschrift

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Einführung der neuen CI der CDU vor knapp einem Jahr, haben wir mit Rücksicht auf die Kosten bewusst darauf verzichtet, sofort alle Werbeartikel umzustellen.

Erst durch den allmählichen Abverkauf der einzelnen Artikel bei arvato logistics services, wurden nach und nach Neuproduktionen mit der neuen Werbelinie möglich. Wir sind unserem Ziel deutlich näher gekommen, bis zum Jahresende die wesentlichen Werbeartikel mit neuer Gestaltung anzubieten.

Da wir noch über einige Restposten verfügen, möchten wir heute den Kreisverbänden die Möglichkeit einräumen, **diverse Werbeartikel für einen attraktiven Sonderpreis** zu erwerben.

Die umseitig aufgeführten Artikel sind – **nur für einen kurzen Zeitraum und auch nur solange der Vorrat reicht** – zu bestellen.

Vom **20.10. bis 05.11.04** bieten wir Ihnen diese Möglichkeit an.

Siehe Bestellschein.

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de